

p.B. 15.21. Jug. (15)

original: jac
 kopien : brf sin kt la sru wok gt vy ku

belgrade 1.12.1989 15h45

141 hhhhh

- m. le secretaire d'etat jacobi
- secretariat du secretaire d'etat, m. kupfer
- division politique 1
- dfep, ofaee, pays europe sud-est.
- ddip, ministre godet + service des droits de l'homme

o f f i z i e l l e r b e s u c h v o n h e r r n
 s t a a t s s e k r e t a e r k. j a c o b i i n b e l -
 g r a d. 27. - 28. 11. 1989

b i l a t e r a l e b e z i e h u n g e n
 (unterredung jacobi - maksic, vize-aussenminister (m)
 vom 27.11.89)

allgemeines :

generell koennen die bilateralen beziehungen zwischen der schweiz und jugoslawien als gut bezeichnet werden. wie zu erwarten war, stand somit dieses traktandum eher im schatten der beschriebenen ausfuehrungen ueber die aktuellen ereignisse in osteuropa und der gezielten annaeherung jugoslawiens an westeuropaeische institutionen, wie efta, eg und europarat.

auf jugoslawischen wunsch sollte der politische dialog zwischen beiden staaten in zukunft intensiviert und auch besuchskontakte auf ministerebene vorgesehen werden. yu moechte politisch und wirtschaftlich von den schweizerischen erfahrungen profitieren.

ein zweckmaessiger beitraag der schweiz am aufbau einer geplanten managementschule in belgrad wird in erster linie im bereich kapital- und finanzmanagement erwartet. genaess jac koennten sich die schweizerischen ausbildungskurse v.a. an mittlere kader richten.

beide seiten wiesen auf aehnlichkeiten in der staatsstruktur der zwei laender hin. um dem dargelegten interesse jugoslawiens entgegenzukommen, stellt jac bessere information ueber die schweiz (politisches system, foederalismus und "education civique") in aussicht, z.b. in form eines informationsbueros (wie fuer polen vorgesehen), das illustrieren soll, wie die schweiz regiert wird.

m. wird in die schweiz eingeladen.

16

kopien gingen an- bawi

01.12.1989 1710h. -o- sy

wirtschaftliche zusammenarbeit :

gemaess m. sind die aktuellen reformansatze und das sich abzeichnende "'neue wirtschaftssystem'" jugoslawiens, welches groesseren freiraum fuer investitionen aus dem ausland bietet

und die beteiligung auslaendischer firmen an joint-ventures foerdert, in den schweizerischen handelskreisen zu wenig bekannt. eine wirksame unterstuetzung der schweiz an der modernisierung der jugoslawischen wirtschaft wird weniger in form direkter finanzhilfe, sondern eher im sinne eines verstaerkten know-how-transfers und erfahrungsaustauschs verstanden. yu schlaegt ein bilaterales treffen von wirtschaftsfachleuten und managern vor.

jac stellt schweizerischen standpunkt dar, wonach engere wirtschaftbeziehungen in erster linie durch guenstigere rahmenbedingungen (doppelbesteuerungs- und investitionschutzabkommen) gewaehrleistet werden. vorschlag, diesbeuegliche verhandlungen (investitionsschutz und -foerderung) aufzunehmen, resp. wiederaufnahme der verhandlungen (doppelbesteuerung) - der ball liegt noch immer im jugoslawischen lager.

im fremdenverkehr wird jugoslawischerseits ein rueckgang schweizerischer touristen in jugoslawien festgestellt (1988: 126'000). die regierung erhofft sich durch eine ankurbelung des schweizerischen fremdenverkehrs auch wirtschaftliche nebeneffekte (praesenz schweizerischer firmen auf dem jugoslawischen markt, investitionen).

jugoslawische fremdarbeiter in der schweiz :

das bekannte problem der politischen aktivitaeten albanischer fremdarbeiter aus dem kosovo in der schweiz kam zur aussprache. yu wuenscht eine strengere ueberwachung der jugoslawischen fremdarbeiter albanischer herkunft, deren pol. taetigkeit sich gegen jugoslawische interessen und institutionen richten und von den schweizerischen behoerden begrenzt werden soll, vrgl. treffen godet - mirovic am 11. mai 1989 in bern. m. warnt vor einer moeglichen radikalisierung der albanischen aktivisten (inkl. terroranschlaege).

jac versichert abermals die bereitschaft der schweiz, auf wunsch jugoslawiens ab januar 1990 an einem expertentreffen ueber sicherheitsfragen teilzunehmen (bundesanwaltschaft) und erinnert gleichzeitig an die gaengige praxis in bezug auf meinungsaeusserungsfreiheit und politische aktivitaeten von auslaendern in der schweiz.

die jugoslawischen arbeitskraefte werden in der schweiz sehr geschaezt (drittgroesstes fremdarbeiter-kontingent). m. wuenscht diesbeueglich eine regelung mit abschluss eines uebereinkommens (wie mit portugal, spanien und italien). biga hat einem bilateralen expertetreffen zugestimmt.

menschenrechte :

jac ruft mehrere (unbeantwortete) interventionen der schweizerischen regierung (zuletzt am ksze-treffen ueber menschenrechte im juni 1989 in paris) zugunsten des seit november 1986 inhaftierten jugoslawischen staatsangehoerigen janus

salihi in erinnerung. abgewiesener asylbewerber, wurde bei seiner heimkehr aus politischen motiven zu sechseinhalb jahren haft verurteilt. m. , der den fall persoendlich nicht kennt, empfaengt aide-memoire und verspricht, das dossier zu pruefen.

anschliessend brachte jac seine besorgnis zum gegenwaertigen (politischen) prozess vlasi zum ausdruck, mit hinweis auf ksze-vereinbarungen und allgemeines menschenrecht. maksic sprach von einem unabhaengigen gerichtsverfahren, das von regierung und verwaltung zur zeit nicht beeinflusst werden kann. urteilspruch, wenn noetig des obersten gerichts, muss abgewartet werden. das jugoslawische aussenministerium hat sich fuer ein oeffentliches gerichtsverfahren eingesetzt und (nicht ohne muehe) den zugang auslaendischer journalisten und diplomatischer vertretungen ermoeeglicht.
simonin

ambasuisse